

EU soll ihre Tech-Regeln vom Finanzsektor abschreiben

Wenn die EU will, dann kann sie mit ihren Regeln eine erfolgreiche Tech-Branche unterstützen. Als Beweis diene der lebhafteste europäische Fintech-Sektor, so argumentiert ein neues Papier des Lisbon Councils. Darauf solle die Kommission auch für Start-ups in anderen Bereichen aufbauen.

By [Maximilian Henning](#), Journalist

April 08, 2025

Europa hängt bei der Digitalwirtschaft hinterher, so die allgemeine Klage. Es gibt bei uns viel weniger neue Tech-Unternehmen als in den USA oder in China, und die, die vor Ort sind, sind viel kleiner. Die großen Unternehmen Europas sind alt und schaffen es nicht, mit den jungen Riesen von Übersee mithalten zu können.

Aber ganz so einfach ist es nicht, schreiben David Osimo, Vittoria Barbieri und Cristina Moise. Sie haben für das Lisbon Council, eine Brüsseler Denkfabrik zu Wirtschaftsthemen, einen Bericht mit Empfehlungen für Europas Start-up-Sektor verfasst. Darin beschreiben sie erste Erfolge in manchen Bereichen und klare Möglichkeiten, die nur ergriffen werden mussten.

Insgesamt hat sich der Wert des europäischen Tech-Ökosystems in den vergangenen zehn Jahren versechsfacht, die Zahl der europäischen Unicorns hat sich sogar mehr als verzehnfacht. Es gebe zwar weiterhin keine Hyperscaler innerhalb der Europäischen Union, aber das sei nicht das Einzige, was zählen, finden die Autor:innen.

Vorbild Fintech

Die Autor:innen verweisen besonders auf den Fintech-Bereich, in dem europäische Unternehmen wie Klarna und Revolut große Erfolge feiern konnten. In keinem anderen Gebiet habe Europa mehr Unicorns - also Start-ups mit einer Bewertung von mindestens einer Milliarde Euro - hervorgebracht als China, schreiben sie. „Diese Fintech-Unternehmen haben vielleicht noch keine Billionen-Euro-Bewertungen erhalten, aber ihr Wachstum trägt merklich zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit bei, indem es die Produktivität erhöht“, schreiben die Autor:innen des Papiers.

Und das nicht etwa, weil es in diesem Bereich keine EU-Regulierung gab, heißt es. Die EU habe vielmehr gezielt und erfolgreich wettbewerbsfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen, etwa indem sie Barrieren zwischen den Mitgliedstaaten abbauete und dafür sorgte, dass neue Unternehmen sich auf dem Markt etablieren konnten.

Gezielte, einheitliche Strategie

Dabei verweisen die Autor:innen auf drei konkrete Schritte. Die erste ist der „Pass“ für Finanzdienstleister. Wenn ein Unternehmen in einem Mitgliedstaat die Erlaubnis erhalten hat, gewisse Dienstleistungen anzubieten, kann es sein Geschäft mit geringen zusätzlichen Anforderungen auch in andere Mitgliedstaaten ausweiten. Die Autor:innen halten das für eine oft übersehene Säule der Integration, besonders für Start-ups, denn diese Erlaubnis erleichtere die Arbeit enorm.

Der zweite Schritt sind demnach gemeinsame europäische Standards, besonders die Single Europe Payments Area (SEPA) und SEPA Sofortzahlungen. „Diese Initiativen haben eine vereinheitlichte Infrastruktur aufgebaut, die den Weg dafür geebnet hat, dass Fintech Start-ups innovative Lösungen wie Peer-to-Peer-Überweisungen, digitale Geldbörsen und E-Commerce-Plattformen

anbieten", heißt es im Bericht.

Als letzten wichtigen Schritt sehen die Studienautor:innen die zweite EU Richtlinie zu Zahlungsdiensten. Diese verpflichtet Banken dazu, Dienstleistern Zugang zu Bankdaten und Zahlungsinfrastruktur zu geben und ermöglichte so Innovation. Für ausschlaggebend halten sie auch, dass das Gesetz nicht nur Banken, sondern Dienstleister allgemein regulierte. Sie wollen die Regeln deshalb auch auf Kredite, Versicherungen und Geldanlagen ausweiten.

Viel Potenzial für bessere Regeln

„Innovationsfreundliche Rechtsrahmen zu schaffen, ist keine leichte Aufgabe“, schreiben die Autor:innen. „Aber Europa hat wiederholt gezeigt, dass es dieser Aufgabe gerecht werden kann“, heißt es. Sie sehen drei Bereiche, in denen die neue EU-Kommission ihre Regeln verbessern konnte: Nationale Barrieren abbauen, Talente anlocken und effektiver verwalten. Diese Bereiche konnte die Kommission etwa in der neuen Strategie für Start-ups und Scale-ups aufgreifen, die sie Ende Mai vorstellen will.

Der Bericht verweist darauf, dass der EU-Binnenmarkt für Dienstleistungen wesentlich schwächer ist als der für Güter. Unternehmen brauchten viel bessere Informationen und mussten leichter und zentralisierter etwa ihre Mehrwertsteuern zahlen können. Wenn ein Unternehmen in einem Mitgliedstaat seine Dienstleistungen genehmigt bekommen hat, soll es sie möglichst ohne zusätzlichen Aufwand auch in anderen Staaten anbieten können - der gleiche Ansatz wie im Finanzsektor. Außerdem soll die EU entsprechend dem Modell des Europäischen Innovationsrats lieber Teams als Projekte finanziell unterstützen.

Um zu verhindern, dass immer mehr Tech-Talente in die USA auswandern, sollen die EU-Staaten sich besser absprechen. Abschlüsse und Qualitätsstandards mussten dringend stärker harmonisiert werden, fordern die Autor:innen - und eigentlich reiche das nicht: Die mangelnde EU-Kompetenz im Bildungsbereich wird zu einem permanenten Hindernis für einen wirksamen Politikwechsel“, schreiben sie. Möglicherweise mussten EU-Verträge geändert werden, um die nötige radikale Verbesserung zu erreichen. Außerdem kritisieren sie, dass Unternehmen nach wie vor nur sehr schwer Personal in anderen EU Staaten anstellen können.

Auch die EU-Regeln selbst sollen digitaler werden. Neue Gesetze sollen demnach Programmierschnittstellen enthalten und so neue Möglichkeiten für „Reg-Tech“, also Regulierungstechnologie schaffen. Außerdem brauche Europa vertrauenswürdige digitale Infrastrukturen, wie das Beispiel von SEPA zeige. Dabei beziehen sich die Autor:innen auf die digitale Brieftasche und die verschiedenen Datenräume, die gerade im Aufbau sind. Die öffentliche Beschaffung soll ebenfalls für Start-ups zugänglicher werden.

Mitgliedstaaten müssten Unternehmensform stützen

Ein absolutes zentrales Vorhaben ist laut dem Bericht das sogenannte „28. Regelwerk“, auch bekannt als „EU Inc“. Hiermit will die Europäische Kommission eine EU-weite Unternehmensform für innovative Unternehmen schaffen. Das Vorhaben ist bei Gründer:innen auf einige Begeisterung gestoßen (Tagesspiegel Background berichtete (<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung-und-ki/briefing/so-koennte-eine-europaeische-unternehmensform-aussehen>)).

Trotzdem werde man natürlich auf Probleme stoßen, warnen die Autor:innen. Sie verweisen auf die Erfahrungen aus der bestehenden Europäischen Gesellschaft: die EU-Mitgliedstaaten brauchten 40 Jahre, um sich auf die Einzelheiten dieser Unternehmensform zu verständigen. Weil sie keine Macht aufgeben wollten. Es dürfte deshalb zentral werden, möglichst schnell einen Konsens unter den Mitgliedstaaten für dieses neue Vorhaben zu finden. Der Teufel dürfte dabei in den Details liegen.

<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung-und-ki/briefing/eu-soll-ihre-tech-regeln-vom-finanzsektor-abschreiben>
